

Antrittsrede von Bürgerschaftspräsidentin

Antje Grotheer am 29. Juni 2023

Es gilt das gesprochene Wort.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

Zunächst einmal: Danke! Ich danke Ihnen und Euch für das Vertrauen und die Unterstützung. Ich freue mich sehr, dass ich erneut das Amt der Präsidentin dieses hohen Hauses ausfüllen darf. Dies ist mir eine große Freude und eine riesige Ehre!

Unter Ihnen, den 87 Abgeordneten, sind über 40 Prozent zum ersten Mal Mitglied der Bremischen Bürgerschaft. Und ich finde: Das ist eine positive Tatsache! Denn ich bin zutiefst davon überzeugt: Demokratie und politische Debatten gewinnen auch durch neue Perspektiven, Biografien und Themen! In diesem Sinne: Herzlich Willkommen!

Die Bürgerschaft ist mit knapp 37 Prozent – Stand heute – nicht weiblicher als in der Legislaturperiode zuvor. Von der Parität sind wir also nach wie vor ein ganzes Stück entfernt. Sie kennen meine Haltung: Die Hälfte der Bevölkerung sind Frauen – und das muss

sich auch in der Zusammensetzung von politischen Entscheidungsgremien widerspiegeln. Darum können und darum dürfen wir uns mit der aktuellen Situation nicht zufriedengeben! Geschlechtergerechtigkeit in der politischen Repräsentation darf kein Zufall, sondern Parität in unseren Parlamenten muss ein ernsthaftes Anliegen aller Demokrat:innen sein und zur Selbstverständlichkeit werden. Und wir alle sind gefordert, weiter an diesem Ziel zu arbeiten.

Was hingegen mittlerweile eine Selbstverständlichkeit in diesem Parlament ist: Die Bürgerschaft ist in ihrer Zusammensetzung divers – auch weiterhin. Und das ist gut so. Denn je diverser ein Parlament ist, desto mehr Menschen fühlen sich gehört und vertreten. Diese Vielfalt, die Sie ein- und mitbringen, ist deshalb ein wichtiger Baustein, um das Vertrauen der Wähler:innen in unsere Demokratie zu stärken. Und auch hier gilt, dass die Vielzahl von Perspektiven, Biografien und Themen ein Gewinn ist für die politischen Debatten, die wir in den kommenden vier Jahren an dieser Stelle führen werden, liebe Kolleg:innen.

Für die Neuen, aber genauso für die „alten Hasen“ hier im Plenarsaal bedeutet das Mandat: Die Menschen aus Bremen und Bremerhaven haben Sie durch ihre Stimmen in dieses Parlament gewählt. Zum Teil sogar ausdrücklich durch persönliche Stimmen. Das ist im ersten Moment ein Gefühl des Erfolges, und das zu Recht! Aber: Es ist vor allem eine große Verantwortung!

Sie alle tragen Verantwortung gegenüber ihren Wähler:innen – und gegenüber allen Menschen in Bremen und Bremerhaven. Und viele

dieser Menschen machen sich derzeit große Sorgen: Über den Krieg in Europa. Über den Klimawandel. Darüber, wie sich die Gesellschaft verändert. Über die Zukunft ihrer Kinder und Enkelkinder. Sie fragen sich, was die derzeitigen Krisen und Preissteigerungen für ihren Alltag bedeuten und in Zukunft bedeutet werden – und das nicht abstrakt, sondern ganz konkret: in Hemelingen, Lehe, Walle, in Osterholz-Tenever oder der Neustadt – kurz: in ihrem jeweiligen direkten Lebensumfeld und für sie ganz persönlich. Diese Wählerinnen und Wähler haben das Recht darauf, dass wir sie und ihre Sorgen wahr- und ernstnehmen.

Ich möchte Ihnen allen – als Präsidentin dieses Parlamentes, aber auch ganz persönlich – ans Herz legen: Nutzen Sie die kommenden vier Jahre, um dem Vertrauen gerecht zu werden, das Ihnen die Menschen dieses Bundeslandes als Vorschuss gegeben haben.

Kommen sie mit den Menschen ins Gespräch. Gehen Sie auf die Menschen zu. Hören Sie ihnen zu. Kämpfen Sie zwar für Ihre politischen Ideen und bleiben Sie hartnäckig, aber wechseln Sie auch die Perspektive – und, wenn Sie überzeugt sind, auch mal den eigenen Standpunkt. Diskutieren und streiten Sie – aber lassen Sie sich von den Bürger:innen auch mal die Meinung geigen! Das alles ist notwendig für eine lebendige und gesunde Demokratie.

Denn auch für die Demokratie tragen wir alle als Parlamentarier Verantwortung. Und was die Demokratie nicht braucht: Das sind Hass, Hetze, Fake News, Beleidigungen, Einschüchterungsversuche, Morddrohungen oder Diskriminierung – im Netz, in anonymen

Briefen oder auf der Straße. Denn das ist es, was unsere Demokratie gegenwärtig gefährdet: Nicht der Angriff von außen, sondern von innen heraus!

Als Parlamentarier:innen sind wir dafür verantwortlich, diesen Angriff abzuwehren. Wir starten auch in dieser Wahlperiode wieder mit sechs Fraktionen – in der vergangenen Legislatur war das auch so. Doch die AfD, die 2019 mal als Fraktion angetreten ist, hat diese Verantwortung für die Demokratie nicht wahrgenommen. Sie hat sich über vier Jahre nahezu ausschließlich mit ihren Streitereien untereinander beschäftigt anstatt sich konstruktiv in die parlamentarische Debatte einzubringen.

Der Fraktionsstatus war damit schnell erledigt, das mag manch einen erleichtert haben – ich fand das Verhalten vor allem eines: beschämend. Beschämend gegenüber diesem Haus, beschämend gegenüber der Demokratie, vor allem aber beschämend gegenüber den Bürger:innen, mit deren Stimmen so schändlich umgegangen worden ist.

Frank Imhoff hat die steigende Zahl der Ordnungsrufe vorhin angesprochen. Auch diese hatten einen Zusammenhang mit dem Wirken der AfD. Und auch, wenn diese nicht mehr in diesem Parlament vertreten ist und ich natürlich hoffe, dass es nicht nötig sein wird, zum Mittel des Ordnungsrufs oder anderer Sanktionen aus unserer Geschäftsordnung greifen zu müssen: Ich kann Ihnen versprechen und versichern: Ich werde in diesem Haus nicht dulden, dass Men-

schenwürde, Vielfalt, Freiheit und Solidarität in Frage gestellt werden. Wer dies tut, hat in einem deutschen Parlament nichts verloren.

Wer mich kennt, der weiß, dass mein Herz nicht nur für Bremen und Bremerhaven, sondern auch für Europa schlägt. Die nächste Wahl, die auf unser Bundesland zukommt, ist die Europawahl im kommenden Jahr. Und gerade für uns als Parlamentarier:innen ist es eine wichtige Aufgabe, für diese Wahl zu werben, die Menschen zu ermutigen auch an dieser Wahl teilzunehmen und mitzuentcheiden. Ihnen immer wieder zu verdeutlichen: In Bremen und Bremerhaven steckt jede Menge Europa – wirtschaftlich, kulturell oder wissenschaftlich. Aber nicht nur das: Angesichts des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine, angesichts von Nationalismus, Populismus und Abschottung in einigen der EU-Länder, finde ich, ist es als Parlament eines Bundeslandes auch unsere Aufgabe, im Sinne von Demokratie, Freiheit und Frieden den europäischen Gedanken zu unterstützen. Nicht zuletzt auch, weil wir die großen Fragen unseres Jahrhunderts wie Klimaschutz, Sicherheit oder Fluchtbewegungen nur gemeinsam in Europa – und in einem gemeinsamen Europa – werden lösen können.

Zum Schluss möchte ich mich noch bei meinem Vorgänger bedanken: Danke dir, lieber Frank, für deinen Einsatz in den vergangenen vier Jahren für die Demokratie und die Würde dieses Hauses!

Liebe Kolleg:innen, ich freue mich auf Sie und Euch, auf die Debatten und unsere gemeinsame Arbeit für Bremen und Bremerhaven! Die 21. Legislaturperiode kann starten: Lassen Sie uns loslegen!